

THOMAS JAEGER

System einer  
Europäischen Gerichtsbarkeit  
für Immaterialgüterrechte

Grundlagen – Struktur – Verfahren

 Springer

# System einer Europäischen Gerichtsbarkeit für Immaterialgüterrechte

Thomas Jaeger

# System einer Europäischen Gerichtsbarkeit für Immateriälgüterrechte

Grundlagen – Struktur – Verfahren



Springer

Thomas Jaeger  
Max-Planck-Institut für  
Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht  
München  
Deutschland

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT

ISBN 978-3-642-39671-7                      ISBN 978-3-642-39672-4 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-642-39672-4  
Springer Heidelberg Dordrecht London New York

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 9. September 1965 in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem Papier

Springer ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media ([www.springer.com](http://www.springer.com))

# Vorwort

Die Aktualität des Themas einer Reform der Europäischen Gerichtsbarkeit für Immaterialgüterrechte ist zugleich Segen und Fluch: Segensreich sind die praktische Relevanz und das folglich öffentliche Interesse. Nicht zuletzt gaben die Primärrechtsänderungen der Verträge von Nizza und Lissabon in Sachen Fachgerichtsbarkeit, Unionsgerichtszuständigkeiten und Rechtsgrundlagen für Unionsimmaterialgüterrechte auch den effektiven Anstoß für die Arbeit. Damit ist allerdings der Fluch verbunden, dass die Nähe des Themas zu laufenden politischen Entwicklungen und zu Bedürfnissen der Praxis Erwartungshaltungen weckt und eine abstrahierende Systematisierung von unionsgerichtlichen Organisations- und Durchsetzungsfragen erschwert.

Ziel des Werks ist der Entwurf eines aus immaterialgüter- und unionsrechtlicher Sicht kohärenten und ausgewogenen, also: funktionsgerechten, Gerichtssystems für Immaterialgüterrechte. Gerade das politische Umfeld muss dabei ausgeblendet werden, denn der Systemisierungsanspruch verlangt eine Loslösung von den interessens- und kompromissgetriebenen Modellen der Politik. Sie lassen sich vielmehr erst auf der Grundlage eines differenzierten Verständnisses für die Funktionen einbezogener Schutzrechte und für die Gerichtsbarkeit als öffentlichen wie privaten Interessen dienende Institution im rechtsstaatlichen Gefüge verlässlich beurteilen.

Die bei der Bearbeitung gebotene Abstraktion mag bestimmte Lesererwartungen enttäuschen, soweit sie auf eine praxisnahe Kommentierung einzelner Modellkomponenten oder auf politisch bzw. praktisch aussichtsreiche Alternativen zu bestehenden Modellen gerichtet sind. Dennoch ist das vorliegende Buch nicht für den wissenschaftlichen Elfenbeinturm konzipiert: Auch wenn die hier als ideal dargestellten Modelle in ihrer Gesamtheit in näherer Zukunft kaum Realisierungschancen haben dürften, bilden die einzelnen Ausgestaltungsempfehlungen doch einen belastbaren Funktionalitätsmaßstab bei der Implementierung und Weiterentwicklung von politisch opportunen Gerichtssystemen und deren Verfahrensnormen. Die tatsächliche Eignung der entworfenen Bausteine der Gerichtsbarkeit zum raschen, bewertenden Abgleich mit der Praxis hat dabei gerade zuletzt sehr schnelllebige Patentgerichtsdiskussion erwiesen.

Die diesem Buch zugrunde liegende Arbeit wurde im Sommer 2012 an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen

und mit dem Preis des Verbandes österreichischer Banken und Bankiers für Wirtschafts- und Bankrecht 2013 prämiert. Für die Druckfassung erfolgte eine gründliche Straffung und Aktualisierung. Berücksichtigt sind nunmehr Literatur, Judikatur und Praxisdokumente bis zum 15. Mai 2013. Die Kosten der Drucklegung wurden vom Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT übernommen, wofür hier nachdrücklich zu danken ist.

Die Arbeit an der Habilitation profitierte von der wissenschaftlich außerordentlich stimulierenden und ideenoffenen Atmosphäre am Max-Planck-Institut für Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht in München. Meinen InstitutskollegInnen danke ich für stetigen Diskurs, Kritik und Ansporn. Besonderen Dank schulde ich jedoch dem Institutsdirektor, meinem akademischen Lehrer und Habilitationsvater, Professor *Reto M. Hilty*, für Rat und Hilfe in fachlichen und menschlichen Nöten. Nachdrücklich gedankt sei außerdem den Professoren *Rudolf Streinz* als Zweitbegutachter der Habilitationsschrift und *Josef Drexl* als weiterem Institutsdirektor und Mitglied des Fachmentorats. Danken möchte ich überdies meinen studentischen Hilfskräften *Lars Hettstedt* und *Malte Symann*, die zu verschiedenen Zeitpunkten mit Arbeiten am Manuskript befasst waren.

Alle Wissenschaft ist nichts, wenn sie nicht aus dem Leben kommt und dorthin zurückfindet. Meinem Lebenspartner *René* angemessen Dank zu schenken, ist hier nicht Raum und Ort. Im Rahmen jenes Ausschnitts unserer Gemeinsamkeit, den die Arbeit an diesem Buch nachzeichnet, danke ich Dir zuvorderst für Halt und Zuversicht. *Vita, si uti scias, longa est.*

München/St. Oswald  
im Mai 2013

Thomas T. Jaeger

# Inhaltsübersicht

<b>1 Grundlagen</b> .....	1
1.1 Territorialität, Marktintegration und Durchsetzung .....	1
1.2 Unionsimmaterialgüterrechte .....	10
1.3 Unionsimmaterialgütergerichtsbarkeit .....	80
1.4 Unionsrechtlich begründete Ansprüche .....	140
<b>2 Bestehende Administrativverfahren und Rechtsschutz</b> .....	161
2.1 Verwaltungsbehördliche Verfahren .....	161
2.2 Administrativrechtsmittel vor den Unionsgerichten .....	261
2.3 Europäische Patente .....	327
<b>3 Bestehende zivilgerichtliche Rechtsdurchsetzung</b> .....	389
3.1 Grundsätze der Unionsrechtsdurchsetzung vor mitgliedstaatlichen Gerichten .....	389
3.2 Gerichtsorganisation und Rechtszüge im Vergleich .....	449
3.3 Grenzüberschreitende Verfahren vor den nationalen Gerichten .....	514
<b>4 Gerichtsmodelle</b> .....	547
4.1 Ausgangspunkt: Erkenntnisse betreffend die Gerichtsstruktur .....	547
4.2 Patentgerichtsbarkeit .....	580
4.3 Neuordnung der Gerichtsbarkeit für Unionsmarken .....	839
4.4 Weitere Schutzrechte und Verbindung der Gerichtsmodelle .....	884
<b>5 Ansprüche und Verfahrensnormen</b> .....	923
5.1 Prozessrecht und materielles Recht .....	923
5.2 Differenzierung der Verfahrensnormen nach Schutzrechten? .....	949
5.3 Historische Diskussion zu Prozessnormen und bestehende Entwürfe .....	966
5.4 Prozessnormen einer Immaterialgütergerichtsbarkeit .....	978

<b>Rechtsaktverzeichnis</b> .....	1121
<b>Literatur</b> .....	1137
<b>Sachverzeichnis</b> .....	1175



# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Grundlagen</b> .....	1
1.1 Territorialität, Marktintegration und Durchsetzung .....	1
1.1.1 Hintergrund .....	1
1.1.2 Ziel und Bedarf der Untersuchung .....	7
1.1.3 Gang der Untersuchung und Methode .....	8
1.2 Unionsimmaterialgüterrechte .....	10
1.2.1 Ausgangsproblem .....	10
1.2.2 Allgemeine Typologie der Immaterialgüterrechte .....	15
1.2.2.1 Primäre Immaterialgüterrechte .....	15
1.2.2.2 Abgrenzungsbedarf zum Wettbewerbsrecht .....	16
1.2.2.3 Merkmale der primären Immaterialgüterrechte .....	18
1.2.2.3.1 Unkörperlichkeit .....	19
1.2.2.3.2 Ubiquität .....	20
1.2.2.3.3 Subjektive Rechte .....	20
1.2.2.3.4 Verkehrsfähigkeit .....	26
1.2.2.3.5 Stabilität, Kausalität und Autonomie .....	28
1.2.2.3.6 Zeitliche Beschränkung .....	32
1.2.2.4 Typologisch nicht aussagekräftige Charakteristika .....	32
1.2.2.4.1 Schutzgegenstand und Schutzvoraussetzungen .....	32
1.2.2.4.2 Rechtserwerb durch Registrierung .....	33
1.2.2.4.3 Verfall .....	34
1.2.2.4.4 Eigentumsrechtliche Dimension .....	35
1.2.2.4.5 Persönlichkeitsrechtliche Dimension .....	44
1.2.2.5 Fazit: Eingrenzung des Immaterialgüterbegriffs .....	47
1.2.3 Einordnung der Unionsschutzrechte .....	48
1.2.3.1 Abgrenzung der Unionsimmaterialgüterrechte von nationalen Schutzrechten .....	48
1.2.3.1.1 Unionsimmaterialgüterrechte als autonomes und geschlossenes System .....	48
1.2.3.1.2 Prima facie infrage kommende Schutzformen und Konkretisierungsbedarf .....	50

1.2.3.2	Kein eigenständiger Immaterialgüterbe-	
	griff im Unionsrecht .....	51
1.2.3.2.1	Primärrechtliche Begriffsverwendung ...	51
1.2.3.2.2	Sekundärrechtliche Begriffsverwendung ...	56
1.2.3.2.3	Bedeutung der Eigentumsbezugnahme ...	60
1.2.3.2.4	Fazit: Parallelität der Begriffe und	
	Typologierungsbedarf .....	62
1.2.3.3	Typologische Beurteilung der einzelnen	
	Unionsrechte .....	63
1.2.3.3.1	Eindeutige Unionsimmaterialgüterrechte ...	64
1.2.3.3.2	Agrarische Rechte .....	67
1.2.3.3.3	Domainnamen .....	73
1.2.3.4	Zusammenfassung: Eigenschaften und	
	Arten der Unionsimmaterialgüterrechte .....	78
1.2.3.4.1	Abgrenzung gegenüber harmonisierten	
	nationalen Rechten .....	78
1.2.3.4.2	Inhalt des unionsrechtlichen Begriffs	
	geistiges Eigentum .....	78
1.2.3.4.3	Bedarf zur Feinabgrenzung und	
	Typologisierung .....	79
1.2.3.4.4	Arten der Unionsimmaterialgüterrechte	
	und Konsequenzen für die weitere	
	Arbeit .....	79
1.3	Unionsimmaterialgütergerichtsbarkeit .....	80
1.3.1	Begriff der Gerichtsbarkeit .....	81
1.3.1.1	Allgemeiner Gerichts begriff des Unionsrechts .....	82
1.3.1.2	Grundrechtlicher Gerichts begriff: EMRK und GRC ...	85
1.3.1.3	Fazit .....	88
1.3.2	Begriff der Unionsgerichtsbarkeit .....	88
1.3.2.1	Duales Rechtsschutzsystem .....	88
1.3.2.2	Sonderform Gemeinschaftsmarken- und	
	Gemeinschaftsgeschmacksmustergerichte? .....	89
1.3.2.3	Fazit: Eingrenzung <i>ratione materiae</i> .....	93
1.3.3	Begriff der Unionsimmaterialgütergerichtsbarkeit .....	93
1.3.4	Der EuGH als Zivilgericht .....	95
1.3.4.1	Ausgangspunkt: Der EuGH als Generalist .....	96
1.3.4.2	Kompetenz zur Errichtung unionseigener	
	Zivilgerichte .....	97
1.3.4.3	Kein zivilgerichtstypischer Klagekanon .....	100
1.3.4.4	Zivilverfahrenstypisches Prozessrecht? .....	102
1.3.4.4.1	Merkmale zivilverfahrenstypischen	
	Prozessrechts .....	102
1.3.4.4.2	Verwirklichung zivilgerichtstypischer	
	Merkmale im Unionsprozessrecht .....	106

1.3.4.4.3	Ansätze für ein Unionszivilprozessrecht .....	108
1.3.4.5	Fazit .....	112
1.3.5	Verhältnis von Zivil- und Strafgerichtsbarkeit .....	113
1.3.5.1	Abgrenzung von Zivil- und Strafrechtzuständigkeit und Adhäsion .....	115
1.3.5.2	Hierarchie von Zivil- und Strafrechtzuständigkeit ....	118
1.3.5.3	Fazit .....	119
1.3.6	Rechtseinheit und Sondergerichtsbarkeiten .....	121
1.3.6.1	Begrenzungs- und Rechtfertigungsfunktion .....	121
1.3.6.2	Bedeutung im Bereich der Rechtsdurchsetzung ....	122
1.3.7	Funktionen von Gerichtsbarkeit .....	124
1.3.7.1	Ausgangspunkte .....	124
1.3.7.2	Allgemeine Gerichtsfunktionen .....	127
1.3.7.2.1	Kernfunktion Individualrechtsschutz ...	127
1.3.7.2.2	Weitere Funktionen: Rechtskontrolle, kollektiver Rechtsfriede, Partizipation .....	128
1.3.7.2.3	Zwecke des Zivilprozesses und Universalität der Funktionen im Gerichtssystem .....	128
1.3.7.3	Sonderfunktionen von Immaterialgütergerichtsbarkeit .....	130
1.3.7.3.1	Individuelle Interessen im Immaterialgüterrechtsschutz .....	130
1.3.7.3.2	Allgemeininteressen im Immaterialgüterrechtsschutz .....	130
1.3.7.3.3	Keine funktionalen Besonderheiten der Gemeinschaftsmarken- und Gemeinschaftsgeschmacksmustergerichte .....	133
1.3.7.4	Funktionen der Unionsgerichtsbarkeit .....	134
1.3.7.4.1	Individualrechtsschutz, Streitbeilegung, Partizipation .....	134
1.3.7.4.2	Objektive Rechtskontrolle .....	134
1.3.7.4.3	Harmonisierungsfunktion .....	136
1.3.8	Fazit .....	137
1.3.8.1	Gerichtsbegriff und Gerichtsarten .....	137
1.3.8.2	Abgrenzung von Zivil-, öffentlicher und Strafgerichtsbarkeit .....	138
1.3.8.3	Rechtfertigungsbedarf für Sondergerichtsbarkeiten .....	139
1.3.8.4	Gerichtsfunktionen .....	139
1.4	Unionsrechtlich begründete Ansprüche .....	140
1.4.1	Ausgangspunkt: Mission impossible .....	141
1.4.2	Rechtsprechungsüberblick .....	143

1.4.2.1	Direktwirkung .....	143
1.4.2.2	Außervertragliche Haftung .....	147
1.4.2.3	Umsetzung von RL .....	148
1.4.2.4	Zwischenergebnis .....	150
1.4.3	Systematisierung der Rechtsprechung .....	150
1.4.3.1	Right – Remedy – Procedure .....	151
1.4.3.2	Invocability .....	152
1.4.3.3	Claims – Immunities – Interests .....	154
1.4.4	Gemeinsame Tendenzen und Fazit .....	156
1.4.4.1	Grundsystematik .....	156
1.4.4.2	Rückkopplung der Grundsystematik in der Unionsrechtsprechung .....	157
1.4.4.3	Folgerungen für die Gerichtsbarkeit .....	158
<b>2</b>	<b>Bestehende Administrativverfahren und Rechtsschutz</b> .....	<b>161</b>
2.1	Verwaltungsbehördliche Verfahren .....	161
2.1.1	Unionsmarken und Unionsdesigns .....	162
2.1.1.1	Kurzcharakterisierung des Schutzgegenstands .....	162
2.1.1.1.1	Unionsmarkenschutz .....	162
2.1.1.1.2	Unionsdesignschutz .....	165
2.1.1.1.3	Vergleich von Unionsmarken- und Unionsdesignschutz .....	168
2.1.1.1.4	Verhältnis von Unionsschutzrechten und nationalen Rechten .....	170
2.1.1.2	Das Amt HABM .....	171
2.1.1.3	Merkmale des Verfahrens vor dem HABM .....	174
2.1.1.3.1	Einseitige vs. Mehrseitige Verfahren und kontradiktorischer Charakter .....	174
2.1.1.3.2	Antragsgebundenheit .....	175
2.1.1.3.3	Eingeschränkte Parteiherrschaft .....	175
2.1.1.3.4	Untersuchungsgrundsatz und Grenzen ...	176
2.1.1.3.5	Manuduktionspflicht .....	178
2.1.1.3.6	Funktionale Kontinuität .....	178
2.1.1.3.7	Individuelle Verfahrensgarantien .....	179
2.1.1.3.8	Zwischenergebnis .....	181
2.1.1.4	Initiative Verfahrensarten .....	182
2.1.1.4.1	Anmeldeverfahren .....	182
2.1.1.4.2	Widerspruch und Drittstellungnahmen ....	184
2.1.1.4.3	Verfall und Löschung wegen relativer Eintragungshindernisse .....	185
2.1.1.4.4	Weitere Administrativverfahren .....	189
2.1.1.5	Behördeninterne Überprüfungsverfahren .....	190
2.1.1.5.1	Löschung wegen absoluter Eintra- gungshindernisse .....	190
2.1.1.5.2	Beschwerdeverfahren .....	190

2.1.1.6	Zusammenfassung der Charakteristika des Verwaltungsverfahrens bei Unionsmarken und Unionsdesigns .....	194
2.1.2	Unionssortenschutz .....	197
2.1.2.1	Kurzcharakterisierung des Schutzgegenstands .....	197
2.1.2.1.1	Schutzgegenstand .....	197
2.1.2.1.2	Verhältnis zum Patent- und Gebrauchsmusterschutz .....	202
2.1.2.1.3	Verhältnis zu nationalen und interna- tionalen Sortenschutzregelungen .....	202
2.1.2.2	Das Amt CPVO .....	203
2.1.2.3	Merkmale des Verfahrens vor dem CPVO .....	207
2.1.2.3.1	Kooperationsmaxime mit starkem Untersuchungselement .....	207
2.1.2.3.2	Weitere Grundsätze .....	210
2.1.2.4	Initiative Verfahrensarten .....	211
2.1.2.4.1	Anmeldeverfahren .....	211
2.1.2.4.2	Einwendungsverfahren .....	213
2.1.2.4.3	Amtswegige Fortbestandsprüfungen ....	218
2.1.2.5	Behördeninterne Überprüfungsverfahren .....	220
2.1.2.5.1	Löschung .....	220
2.1.2.5.2	Änderung der Sortenbezeichnung .....	224
2.1.2.5.3	Beschwerdeverfahren .....	224
2.1.2.6	Zwischenergebnis: Administrative Merk- male des Sortenschutzes im Vergleich zu Marken und Designs .....	230
2.1.2.6.1	Entscheidungspluralismus als prägen- des Merkmal des CPVO .....	230
2.1.2.6.2	Merkmale des Administrativverfahrens bei Unionssorten gegenüber Unions- marken und Unionsdesigns .....	230
2.1.2.6.3	Stellenwert öffentlicher vs. Privater Interessen im Verfahrensrecht .....	230
2.1.2.6.4	Merkmale des internen Überprüfungs- verfahrens und Rolle der Beschwerde- kammern .....	232
2.1.3	Übrige Unionsregisterregimes: Agrarische Schutzformen ...	233
2.1.3.1	Allgemeine Merkmale des Verfahrens vor der Kommission .....	234
2.1.3.1.1	Das Kommissionsverfahren im All- gemeinen .....	234
2.1.3.1.2	Sekundärrechtliche Kommissionsver- fahren im Allgemeinen .....	237
2.1.3.1.3	Agrarische Kommissionsverfahren .....	239

2.1.3.2	Schutzgegenstände .....	245
2.1.3.2.1	Herkunftsangaben .....	245
2.1.3.2.2	Spezialitäten .....	247
2.1.3.2.3	Wein und Spirituosen .....	249
2.1.3.2.4	Nähe zum Lauterkeitsrecht .....	251
2.1.3.3	Verfahrensarten .....	251
2.1.3.3.1	Eintragungsverfahren .....	251
2.1.3.3.2	Einspruchsverfahren .....	253
2.1.3.3.3	Löschungsverfahren .....	256
2.1.3.3.4	Änderungsverfahren .....	257
2.1.3.4	Zwischenergebnis zu den Verfahrensmerkmalen der agrarischen Regimes .....	258
2.1.3.4.1	Charakteristika der agrarischen Regimes und Einordnung auf der Rechtsdurchsetzungsebene .....	258
2.1.3.4.2	Öffentliches vs. Privates Interesse an der Rechtsrichtigkeit .....	259
2.1.3.4.3	Zweiteilung der Entscheidungskompetenz in agrarischen Administrativverfahren und Rechtsschutzdefizite .....	260
2.1.3.4.4	Amtsbetrieb und Stellungnahmerechte ...	260
2.2	Administrativrechtsmittel vor den Unionsgerichten .....	261
2.2.1	Stellung von Immaterialgüterrechtsverfahren im Gesamtgefüge des Unionsverfahrensrechts .....	261
2.2.1.1	Allgemeines .....	261
2.2.1.2	Quantitative Belastung .....	264
2.2.2	Merkmale des Rechtsmittelverfahrens .....	266
2.2.2.1	Kontradiktorischer Charakter und rechtliches Gehör .....	266
2.2.2.2	Kooperationsmaxime .....	268
2.2.2.3	Ausgleich von Interessen und Angriffsmitteln .....	270
2.2.2.4	Streitgegenstandsbegrenzung .....	272
2.2.2.5	Neuerungsverbot .....	274
2.2.2.6	Beschränkte Nachprüfung bei komplexen technischen Sachverhalten .....	278
2.2.2.7	Zwischenergebnis .....	282
2.2.3	Die Nichtigkeitsklage als immaterialgüterrechtliches Rechtsschutzinstrument .....	284
2.2.3.1	Gegenstand der Nichtigkeitsklage .....	284
2.2.3.2	Aktivlegitimation .....	286
2.2.3.2.1	Marken, Designs und Sorten .....	286
2.2.3.2.2	Agrarische Regimes .....	294
2.2.3.3	Kognitionsumfang des EuG und Urteilswirkungen ...	297
2.2.3.4	Folgerechtsmittel zum EuGH .....	299
2.2.3.5	Prozessbefugnisse .....	300

2.2.3.5.1	Allgemeiner Vergleich der Prozessbefugnisse von EuG und EuGH .....	300
2.2.3.5.2	Prozess leitende Maßnahmen .....	301
2.2.3.5.3	Beweisaufnahme .....	303
2.2.3.5.4	Einstweilige Maßnahmen .....	305
2.2.3.5.5	Schadenersatz .....	305
2.2.3.5.6	Beschleunigte Verfahren .....	306
2.2.3.5.7	Versäumungsurteil .....	306
2.2.3.5.8	Beugestrafen und Vollstreckung von Anordnungen .....	307
2.2.3.6	Sprachenregime der Unionsgerichte .....	308
2.2.3.6.1	Verfahrenssprache: Allgemeines Regime .....	308
2.2.3.6.2	Verfahrenssprache: Sonderregime in Immaterialgüterrechtssachen .....	309
2.2.3.6.3	Interne Arbeitssprache des Gerichts .....	310
2.2.3.7	Kostentragsregeln .....	310
2.2.3.7.1	Gerichtskosten .....	310
2.2.3.7.2	Prozesskosten .....	311
2.2.4	Konsistenz der Unionsrechtsprechung .....	313
2.2.4.1	Offene Divergenzen .....	314
2.2.4.2	Rechtsprechungsunschärfen .....	316
2.2.5	Fazit zu den Administrativrechtsmittelverfahren .....	318
2.2.5.1	Zielbestimmung Immaterialgütergerichtsbarkeit ...	318
2.2.5.2	Einordnung der Immaterialgüterrechtsverfahren ...	319
2.2.5.3	Tauglichkeit des Sonderverfahrensregimes für Immaterialgüterrechte .....	320
2.2.5.4	Fragen der Aktivlegitimation .....	321
2.2.5.5	Prozessbefugnisse und -ansprüche .....	322
2.2.5.6	Sprachregelung .....	323
2.2.5.7	Kostentragung .....	324
2.2.5.8	Kohärenz der Rechtsprechung .....	326
2.3	Europäische Patente .....	327
2.3.1	Kurzcharakterisierung des Schutzgegenstands .....	327
2.3.1.1	Schutzgegenstand und Ausnahmen .....	327
2.3.1.2	Schutzumfang und Begrenzungen .....	329
2.3.1.3	Verhältnis des Patentrechts zu anderen Schutzrechten .....	335
2.3.2	Verhältnis zwischen dem EPÜ und anderen Rechtsordnungen .....	338
2.3.2.1	Merkmale der Rechtsordnung des EPÜ .....	338
2.3.2.2	Verhältnis zum nationalen Recht der Vertragsstaaten .....	340
2.3.2.3	Verhältnis zum Unionsrecht .....	342

2.3.3	Verwaltungsorganisation .....	348
2.3.3.1	Die EPO .....	348
2.3.3.2	Das EPA .....	349
2.3.3.3	Organisation der Beschwerdekammern .....	349
2.3.4	Merkmale des Verfahrens vor dem Amt .....	351
2.3.4.1	Kooperationsmaxime mit starkem Offizialelement ...	351
2.3.4.2	Weitere Grundsätze .....	353
2.3.5	Verfahrensarten .....	355
2.3.5.1	Anmeldeverfahren .....	356
2.3.5.2	Einspruchsverfahren .....	361
2.3.5.3	Widerrufs- oder Beschränkungsantrag des Inhabers .....	363
2.3.6	Überprüfungsverfahren und Rechtsschutz .....	364
2.3.6.1	Allgemeiner Rahmen des Beschwerdeverfahrens ...	364
2.3.6.2	Beschränkungen des Prüfungsumfanges .....	366
2.3.6.2.1	Gegenüber den Parteien: Einseitige vs. Mehrseitige Verfahren .....	367
2.3.6.2.2	Gegenüber der Vorinstanz: Beschränkte Ermessensnachprüfung ....	371
2.3.6.3	Verfahren vor der Großen Beschwerdekammer .....	374
2.3.6.3.1	Anschlussrechtsmittel .....	374
2.3.6.3.2	Vorabentscheidungszuständigkeiten .....	375
2.3.6.3.3	Fehlende Koordinierung mit dem Unionssystem .....	376
2.3.7	Fazit zum Patenterteilungssystem .....	378
2.3.7.1	Einheitlichkeit des Patentschutzes in Europa .....	378
2.3.7.1.1	Materielle Dimension .....	378
2.3.7.1.2	Formelle Dimension .....	379
2.3.7.1.3	Erweiterung des Patentrechts um Sor- ten .....	380
2.3.7.2	Verhältnis des EPÜ zum Unionsrecht .....	380
2.3.7.3	Verhältnis des EPÜ zur EMRK und Grundrechtsschutz .....	382
2.3.7.4	Ausgestaltung der Patentverfahren im EPÜ .....	382
2.3.7.4.1	Grundtendenzen des Verfahrens .....	382
2.3.7.4.2	Anfechtungshürden und Drittbeteili- gung .....	383
2.3.7.4.3	Stellenwert öffentlicher Interessen .....	386
<b>3</b>	<b>Bestehende zivilgerichtliche Rechtsdurchsetzung</b> .....	<b>389</b>
3.1	Grundsätze der Unionsrechtsdurchsetzung vor mitglied- staatlichen Gerichten .....	389
3.1.1	Grundsatz des dezentralen Vollzugs und duales Rechtsschutzsystem .....	390
3.1.2	Nationale Verfahrensautonomie und Grenzen .....	392



3.1.2.1	Grundsatz der Verfahrensautonomie .....	392
3.1.2.2	Eignung der Durchsetzungsnormen: Grundsätze der Äquivalenz und Effektivität .....	393
3.1.2.3	Rechtsfolgen fehlender Äquivalenz oder Effektivität .....	394
3.1.2.3.1	Prima facie fehlende Durchsetzungseignung .....	395
3.1.2.3.2	Endgültig fehlende Durchsetzungseignung .....	397
3.1.3	Einschränkung der Verfahrensautonomie durch Harmonisierung .....	398
3.1.3.1	Zu den Begriffen unmittelbare Anwendbarkeit und unmittelbare Wirkung .....	399
3.1.3.2	Unmittelbare Wirkung von VO: eugvvo und materienvo .....	399
3.1.3.3	Unmittelbare Wirkung der DurchsetzungsRL .....	400
3.1.3.3.1	Allgemeine Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung der DurchsetzungsRL .....	401
3.1.3.3.2	Eignung der Bestimmungen der durchsetzungsrl zur unmittelbaren Wirkung .....	402
3.1.3.3.3	Unmittelbare Wirkung der Durch- setzungsRL gegenüber öffentlichen Einrichtungen .....	405
3.1.3.3.4	Unmittelbare Wirkung der Durchset- zungsRL gegenüber Privaten .....	408
3.1.3.3.5	Durchsetzungsrichtlinienkonforme Auslegung nationalen Rechts .....	412
3.1.4	Bindung der Zivilgerichte an Entscheidungen der Unionsbehörden .....	416
3.1.4.1	Grundsätze .....	416
3.1.4.1.1	Rechtsnatur von Amts- und Kommis- sionsentscheidungen .....	416
3.1.4.1.2	Reichweite von Bindungs- und Vor- rangwirkung .....	417
3.1.4.1.3	Gültigkeits- bzw. Bestandsprüfung durch nationale Gerichte .....	419
3.1.4.2	Bindung an Entscheidungen des HABM .....	421
3.1.4.2.1	Zulässigkeit direkter Invalidierungs- kompetenz für nationale Gerichte .....	421
3.1.4.2.2	System der UMVO und der UDVO: Punktuellder inverser Anwendungsvor- rang .....	423
3.1.4.2.3	Bindung des HABM an die Entschei- dungen nationaler Gerichte .....	424

3.1.4.3	Bindung an Entscheidungen der Kommission und des CPVO .....	425
3.1.5	Anwendungsvorrang und Verhandlungsmaxime .....	426
3.1.6	Schwächen der Vorabentscheidungsmethode .....	431
3.1.6.1	Judicial non-compliance .....	431
3.1.6.2	Rechtsprechungsharmonisierung durch Vorabentscheidung und ihre Grenzen .....	436
3.1.7	Fazit: Durchsetzungseignung des dezentralen Vollzugssystems .....	441
3.1.7.1	Rechtliche Dimension: Schnittstellenwerkzeuge ...	441
3.1.7.1.1	Zusammenfassende Beschreibung der Werkzeuge .....	441
3.1.7.1.2	Bewertung der Werkzeuge .....	443
3.1.7.2	Strukturelle Dimension: Vorabentscheidungsmethode .....	446
3.2	Gerichtsorganisation und Rechtszüge im Vergleich .....	449
3.2.1	Deutschland .....	449
3.2.1.1	Allgemeiner Überblick .....	449
3.2.1.2	Verletzungsverfahren .....	451
3.2.1.3	Administrativverfahren .....	452
3.2.1.4	Verhältnis von Verletzungs- und Administrativzuständigkeit: Trennungs- oder Verbundprinzip .....	453
3.2.1.4.1	Hintergrund: Prüfungssysteme vs. Anmeldungssysteme .....	454
3.2.1.4.2	Trennungsprinzip und Prozesswirkungen .....	456
3.2.1.4.3	Andere Rechtsordnungen und alternative Modelle .....	457
3.2.1.4.4	Bewertung des Trennungsprinzips .....	464
3.2.1.5	Zwischenergebnis .....	470
3.2.2	Frankreich .....	471
3.2.2.1	Allgemeiner Überblick .....	471
3.2.2.2	Verletzungsverfahren .....	472
3.2.2.3	Administrativverfahren .....	473
3.2.2.4	Zwischenergebnis .....	474
3.2.3	Österreich .....	475
3.2.3.1	Allgemeiner Überblick .....	475
3.2.3.2	Verletzungsverfahren .....	477
3.2.3.3	Administrativverfahren .....	477
3.2.3.4	Zwischenergebnis .....	480
3.2.4	Niederlande .....	481
3.2.4.1	Allgemeiner Überblick .....	481
3.2.4.2	Verletzungsverfahren .....	482
3.2.4.3	Administrativverfahren .....	482

3.2.4.4	Rolle des BENELUX-Gerichtshofs .....	483
3.2.4.5	Zwischenergebnis .....	484
3.2.5	England .....	485
3.2.5.1	Allgemeiner Überblick .....	485
3.2.5.2	Verletzungsverfahren .....	487
3.2.5.3	Administrativverfahren .....	490
3.2.5.4	Zwischenergebnis .....	490
3.2.6	USA .....	491
3.2.6.1	Allgemeiner Überblick .....	492
3.2.6.2	Verletzungsverfahren .....	495
3.2.6.3	Administrativverfahren .....	496
3.2.6.4	Zwischenergebnis zum US-System im All- gemeinen .....	496
3.2.6.5	Vergleich von Einheits- und Trennungsmodell .....	499
3.2.7	Schweiz .....	501
3.2.7.1	Allgemeiner Überblick .....	501
3.2.7.2	Verletzungsverfahren .....	503
3.2.7.3	Administrativverfahren .....	504
3.2.7.4	Zwischenergebnis .....	505
3.2.8	Vergleichende Erkenntnisse .....	506
3.2.8.1	Keine Notwendigkeit zur Trennung von Zivil- und Administrativverfahren .....	506
3.2.8.2	Keine Ausklammerung des Gültigkeitsas- pekts aus Verletzungsverfahren .....	508
3.2.8.3	Konzentration und Spezialisierung .....	510
3.2.8.3.1	Grundtendenz Verfahrenskonzentration ....	510
3.2.8.3.2	Besonderer Spezialisierungsbedarf bei technischen Schutzrechten .....	511
3.2.8.3.3	Konzentrationstendenz auch bei nicht technischen Schutzrechten .....	511
3.2.8.3.4	Zentralisierte vs. Dezentrale Zustän- digkeit .....	512
3.2.8.3.5	Spezialisierung vs. Sondergerichtsbarkeit .....	513
3.3	Grenzüberschreitende Verfahren vor den nationalen Gerichten .....	514
3.3.1	Internationale Zuständigkeit .....	514
3.3.1.1	Zuständigkeitsregeln als prominentes Defizit des Durchsetzungsrahmens .....	514
3.3.1.2	Gerichtsstandshäufung .....	516
3.3.1.3	Allgemeine Verfahrensfragmentierung .....	518
3.3.1.4	Verfahrensfragmentierung bei Zwangsli- zenzklagen .....	520
3.3.1.5	Konzentrationsanreize .....	522
3.3.1.6	Vergleich von eugvvo und unionsimma- terialgüterrechtlichen Sonderregimes .....	524

3.3.1.7	Besondere Qualitäten immaterialgüterrechtlicher Durchsetzungsdefizite? .....	525
3.3.2	Anwendbares Recht .....	529
3.3.2.1	Kollisionsregeln und Gerichtsbarkeit .....	529
3.3.2.2	Kollisionsregeln und Unionsschutzrechte .....	531
3.3.2.3	Defizite der Kollisionsnormen .....	534
3.3.2.3.1	Systeminterne Defizite des Kollisionsrechts .....	534
3.3.2.3.2	Systemexterne Defizite: Anwendungsqualität .....	537
3.3.3	Urteilsanerkennung und Titelfreizügigkeit .....	538
3.3.3.1	Abschaffung des Exequatur .....	538
3.3.3.2	Materielle Urteilstwirkungen .....	539
3.3.3.2.1	Rechtskraft und Tatbestandswirkung ....	540
3.3.3.2.2	Territoriale Urteilstwirkung .....	541
3.3.4	Fazit: Effektivität der grenzüberschreitenden Durchsetzung ....	542
3.3.4.1	Allgemeine Tendenz .....	542
3.3.4.2	Verbesserungspotenzial durch eine supranationale Gerichtsbarkeit .....	544
3.3.4.3	Legitimation eines Sondergerichts .....	545
<b>4</b>	<b>Gerichtsmodelle</b> .....	<b>547</b>
4.1	Ausgangspunkt: Erkenntnisse betreffend die Gerichtsstruktur .....	547
4.1.1	Defizite .....	548
4.1.1.1	Administrativverfahren .....	548
4.1.1.1.1	Gerichtsbelastung durch Unionsmarkenverfahren .....	548
4.1.1.1.2	Konsistenz der Markenrechtsprechung ....	549
4.1.1.1.3	Konsistenz und Rechtssicherheit im EPÜ-System .....	549
4.1.1.2	Verletzungsverfahren .....	550
4.1.1.2.1	Funktionalität der Schnittstellenwerkzeuge zum nationalen Recht .....	550
4.1.1.2.2	Konsistenz und Wirksamkeit der Vorabentscheidungsmethode .....	552
4.1.1.2.3	Internationale Zuständigkeit .....	553
4.1.1.2.4	Urteilsanerkennung .....	553
4.1.1.2.5	Kollisionsregeln .....	554
4.1.2	Allgemeine Systemvorgaben .....	554
4.1.2.1	Gerichtsstruktur und Organisation .....	554
4.1.2.1.1	Grundeigenschaften der Gerichtsbarkeit .....	554
4.1.2.1.2	Legitimität eines gesonderten Immaterialgütergerichts .....	555
4.1.2.1.3	Pluralismus im Administrativverfahren und Beschwerdekammern .....	555

4.1.2.2	Gerichtszuständigkeiten .....	556
4.1.2.2.1	Verhältnis von Zivil- und Administrativzuständigkeiten .....	556
4.1.2.2.2	Einzubeziehende Schutzrechte .....	557
4.1.2.3	Konzentration und Spezialisierung .....	557
4.1.2.3.1	Querbezug zwischen Konzentration und Spezialisierung .....	557
4.1.2.3.2	Zentralisierung .....	558
4.1.2.3.3	Zuständigkeit in dezentralen Modellen ....	558
4.1.3	Grundbausteine einer Unionsimmaterialgütergerichtsbarkeit .....	559
4.1.3.1	Integration in das Unionsrechtssystem .....	559
4.1.3.2	Zentralisierung der territorialen Zuständigkeit .....	560
4.1.3.3	Konzentration der sachlichen Zuständigkeit .....	561
4.1.3.3.1	Volle oder limitierte Kognitionsbefugnis .....	561
4.1.3.3.2	Verbund- oder Trennungsprinzip .....	562
4.1.3.3.3	Kombination von Administrativ- und Verletzungsverfahren .....	563
4.1.3.4	Qualitätssicherungsmaßnahmen .....	565
4.1.3.5	Spezialisierung .....	565
4.1.4	Methode zur Konsolidierung von Ausgestaltungswidersprüchen .....	567
4.1.4.1	Erste Stufe: Innere Funktionalität .....	568
4.1.4.1.1	Kein Trennungsprinzip .....	569
4.1.4.1.2	Eigenständigkeit des Verwaltungsbeschwerdeverfahrens .....	569
4.1.4.1.3	Zusammenführung von Verletzungs- und Verwaltungsbeschwerdeverfahren bei einer einheitlichen Oberinstanz .....	570
4.1.4.1.4	Beschränkte Zentralisierung der Einzelinstanzen .....	571
4.1.4.1.5	Klare Zuständigkeitsverteilung .....	573
4.1.4.1.6	Nicht strukturelle Parameter: Innere Organisation und Verfahren .....	574
4.1.4.2	Zweite Stufe: Zugangshürden .....	575
4.1.4.2.1	Dezentrales System .....	575
4.1.4.2.2	Amts- bzw. Verfahrenssprachen .....	576
4.1.4.2.3	Gerichtskosten .....	578
4.1.4.3	Dritte Stufe: Synergieeffekte .....	579
4.1.4.4	Zwischenergebnis: Dreifach abgestuftes Prioritätenraster .....	580
4.2	Patentgerichtsbarkeit .....	580
4.2.1	Historischer Hintergrund .....	583
4.2.2	Kompetenzlage der Immaterialgütergerichtsbarkeit am Beispiel EPLA .....	586

4.2.2.1	Kurzüberblick: Grundgedanken der Außenhandlungskompetenz .....	588
4.2.2.1.1	Kompetenzzuweisung vs. Kompetenzausübung .....	588
4.2.2.1.2	Ausschließliche Kompetenzen durch Ausübung .....	589
4.2.2.2	Kompetenz für das materielle Immaterialgüterrecht .....	591
4.2.2.2.1	Innenkompetenz .....	592
4.2.2.2.2	Außenkompetenz .....	594
4.2.2.3	Kompetenz für die Immaterialgüterrechtsdurchsetzung .....	595
4.2.2.3.1	Allgemeine Außenkompetenz .....	596
4.2.2.3.2	Zuständigkeitssubstitution der nationalen Gerichte .....	597
4.2.2.3.3	Zuständigkeitsabgrenzung zur Unionsgerichtsbarkeit .....	603
4.2.2.3.4	Kompetenz für reine Verfahrensnormen .....	614
4.2.2.4	Immaterialgütergerichtssysteme ohne Überschneidung mit dem Unionsrecht? .....	616
4.2.2.4.1	Beseitigung eines Überschneidungsbereichs mit dem Unionsrecht .....	616
4.2.2.4.2	Vermeidung von Parallelregelungen mit Unionsrecht .....	618
4.2.2.4.3	Öffnungsklauseln im Unionsrecht oder Kompetenzverzicht? .....	620
4.2.2.5	Kompetenzrechtliches Fazit .....	621
4.2.3	Bedarf an einer Unionspatentgerichtsbarkeit .....	622
4.2.3.1	Materielles Recht .....	623
4.2.3.1.1	Einheitlichkeit und weitere Vereinheitlichung des Patentrechts .....	624
4.2.3.1.2	Abbau von verbleibenden Binnenmarkthemmnissen .....	630
4.2.3.1.3	Erweiterung der Wahlmöglichkeit für Nutzer .....	632
4.2.3.1.4	Ökonomische Wirkungen eines Unionspatents .....	634
4.2.3.1.5	Politische Stärkung der EU .....	636
4.2.3.1.6	Funktionalität der EinheitspatentVO? ...	637
4.2.3.2	Verfahrens- und Durchsetzungsaspekte .....	638
4.2.3.2.1	Einfachere Rechtsanwendung bei einheitlichem Schutzrecht .....	639
4.2.3.2.2	Strukturunabhängige positive Wirkungen einer Patentgerichtsbarkeit .....	640

4.2.3.2.3	Ökonomische Wirkungen einer einheitlichen Patentgerichtsbarkeit .....	642
4.2.3.2.4	Beispiel Handhabe von Lizenzverträgen und Zwangslizenzen .....	645
4.2.3.2.5	Caveat Verfahrensnormen .....	649
4.2.3.3	Fazit zum Bedarf an einem einheitlichen Patent und Gericht .....	650
4.2.3.3.1	Grundzüge .....	651
4.2.3.3.2	Materielles Recht .....	652
4.2.3.3.3	Patentrechtsdurchsetzung .....	653
4.2.4	Behördenstruktur .....	654
4.2.4.1	Frühphase: Amt im Amt .....	655
4.2.4.2	UPVO: Unionspatent als vom EPA erteiltes Einzelschutzrecht .....	656
4.2.4.3	EinheitspatentVO: Einheitliche Wirkung nach Erteilung .....	656
4.2.4.4	Bewertung der Einbeziehung des EPA in ein Unionspatentmodell .....	657
4.2.4.4.1	Kompetenzrechtlicher Hintergrund .....	658
4.2.4.4.2	Anwendung von Unionsrecht durch das EPA .....	661
4.2.4.4.3	Verbindlichkeit der Entscheidungen des EPA für die Union .....	662
4.2.4.4.4	Parallele Normen in Unionsrecht und EPÜ .....	665
4.2.4.4.5	Keine Relevanz der Beauftragungstechnik .....	667
4.2.4.5	Alternativen zur Beauftragung des EPA .....	670
4.2.4.6	Fazit zur Einbindung des EPA .....	672
4.2.4.6.1	Unionsrechtliche Probleme der Betrauung des EPA .....	672
4.2.4.6.2	Mitbestimmung in Bezug auf das Unionspatent .....	673
4.2.4.6.3	Unionsgerichtliche Anbindung des EPA .....	674
4.2.4.5.4	EPÜ-Modifikation und politischer Prozess .....	678
4.2.5	Bisher vorgeschlagene Patentgerichtsmodelle .....	680
4.2.5.1	Erstes GPÜ: Nationale Gerichte .....	680
4.2.5.2	Zweites GPÜ: COPAC .....	682
4.2.5.3	UPVO 2000 und UPVO 2004 .....	686
4.2.5.3.1	Defizite des Zweiten GPÜ und Neuausrichtung des Modells .....	686
4.2.5.3.2	UPVO 2000: EuGIP .....	688
4.2.5.3.3	Arbeitspapier 2002 und UPVO 2004: EuGGE .....	693

4.2.5.4	Alternatives Parlamentsmodell: ECIP .....	695
4.2.5.5	Alternatives EPLA-Modell: EPJ .....	697
4.2.5.6	GEPEUP 2009 .....	697
4.2.5.6.1	Vorbereitung ab der Patentmitteilung 2007 .....	698
4.2.5.6.2	Modell des GEPEUP .....	699
4.2.5.6.3	EuGH-Gutachten zum GEPEUP-Entwurf .....	703
4.2.5.7	EPG 2013 .....	708
4.2.5.7.1	Perspektiven nach dem GEPEUP- Gutachten .....	709
4.2.5.7.2	Merkmale des EPG .....	710
4.2.5.7.3	Kritik .....	711
4.2.5.8	Zwischenergebnis: Vergleichender Modellüberblick .....	716
4.2.5.8.1	Kurzzusammenfassung der Modelle ....	716
4.2.5.8.2	Quervergleich der Charakteristika der Modelle .....	719
4.2.6	Ein ausgewogenes Patentgerichtsmodell .....	736
4.2.6.1	Konvergenz von Unions- und EPÜ-System .....	737
4.2.6.1.1	Konvergenz als Effektivitätskriterium .....	737
4.2.6.1.2	Effektivität und unionsrechtliche Anbindung .....	738
4.2.6.1.3	Konsolidierung gegenüber der Recht- sprechung zu Bündelpatenten .....	752
4.2.6.1.4	Fazit .....	753
4.2.6.2	Effektivität vs. Zugangshürden: Dezentralisierung ...	754
4.2.6.2.1	Abgleich von Zentralisierungs- und Dezentralisierungsvorteilen .....	754
4.2.6.2.2	Effektivität der erstinstanzlichen Zuständigkeitsverteilung .....	755
4.2.6.2.3	Dezentralisierung und Sprachenregime ...	756
4.2.6.2.4	Zwischenergebnis .....	762
4.2.6.3	Sonstige Zugangshürden und Effektivität .....	764
4.2.6.3.1	Vertretungsregime .....	764
4.2.6.3.2	Verfahrenskosten .....	765
4.2.6.4	Effektivität und Instanzenzüge .....	765
4.2.6.5	Effektivität und Kognitionsumfang: Tren- nungsprinzip, Super-Verbundzuständigkeit und Zwangslizenzen .....	767
4.2.6.6	Effektivität und Qualitätssicherung .....	769
4.2.6.6.1	Fachkompetenz der Richter .....	771
4.2.6.6.2	Meinungspluralismus .....	774



4.2.6.7	Zwischenergebnis: Modell eines verbundenen völkerrechtsbasierten Patentgerichts für Europa .....	778
4.2.6.7.1	Zuständigkeiten .....	778
4.2.6.7.2	Organisation und Instanzenzüge .....	780
4.2.6.7.3	Unionsanbindung .....	783
4.2.6.7.4	Illustration .....	784
4.2.7	Alternativszenarien .....	785
4.2.7.1	Alternativen zur Verbindung von EU und EPÜ .....	786
4.2.7.2	Getrennte Verletzungsgerichte .....	787
4.2.7.2.1	Völkerrechtsbasiertes Unionspatentgericht .....	788
4.2.7.2.2	Unionsrechtsbasiertes Unionspatentgericht .....	792
4.2.7.2.3	Verletzungsgericht für Bündelpatente: Kleines EPLA .....	802
4.2.7.3	Behelfsmaßnahmen ohne Verletzungsgericht .....	804
4.2.7.3.1	Zuständigkeitsregeln für Unionspatente ...	804
4.2.7.3.2	Reines Administrativgericht .....	820
4.2.8	Fazit zum Patentgerichtsmodell .....	830
4.2.8.1	Vorfrage: Behördenstruktur .....	830
4.2.8.2	Gerichtsmodell .....	833
4.2.8.3	Alternativszenarien .....	835
4.2.8.3.1	Getrennte Verletzungsgerichte .....	835
4.2.8.3.2	Verbesserung des Durchsetzungsrahmens .....	836
4.2.8.3.3	Administrativgerichtsbarkeit .....	838
4.3	Neuordnung der Gerichtsbarkeit für Unionsmarken .....	839
4.3.1	Ausgangspunkte bei Marken gegenüber Patenten .....	839
4.3.2	Administrativgericht für Unionsmarken .....	842
4.3.2.1	Gerichtsstruktur .....	842
4.3.2.2	Schicksal der bestehenden Beschwerdekammern ...	843
4.3.2.3	Alternative Vergrößerung des EuG? .....	844
4.3.3	Erweiterung auf eine Unionsmarken-Verletzungsgerichtsbarkeit .....	849
4.3.3.1	Bedarf an einem Unionsmarken-Verletzungsgericht .....	849
4.3.3.1.1	Synergieeffekte einer Erweiterung auf Verletzungsverfahren .....	850
4.3.3.1.2	Tatsächlicher Vollzugsmehrwert .....	851
4.3.3.1.3	Zwischenergebnis .....	857
4.3.3.2	Struktur eines Unionsmarken-Verletzungsgerichts .....	859
4.3.3.2.1	Unionsmarken-Verletzungsgericht als Fachgericht .....	860

	4.3.3.2.2	Völkerrechtsbasiertes Unionsmarken- Verletzungsgericht .....	869
	4.3.3.2.3	Zwischenergebnis .....	874
4.3.4		Einbeziehung der Zuständigkeit für nationale Marken .....	875
	4.3.4.1	Einbeziehung qua Vorabentscheidungsbe- fugnis des Unionsmarkengerichts .....	876
	4.3.4.2	Volle Kognitionsbefugnis über nationale Rechte? .....	877
	4.3.4.2.1	Keine direkte Kognitionsbefugnis gegenüber nationalen Amtsentscheidungen .....	878
	4.3.4.2.2	Verlagerung der Verletzungsverfahren zu nationalen Marken auf die supranationale Ebene .....	879
	4.3.4.3	Zwischenfazit zur Einbeziehung nationaler Schutzrechte .....	880
4.3.5		Fazit: Unionsmarkengerichtsmodell .....	881
	4.3.5.1	Administrativkomponente .....	881
	4.3.5.2	Verletzungskomponente .....	882
	4.3.5.3	Domainnamen .....	883
	4.3.5.4	Illustration .....	883
4.4		Weitere Schutzrechte und Verbindung der Gerichtsmodelle .....	884
	4.4.1	Andocken weiterer Schutzrechte an die Gerichtsbareiten für Patente und Marken .....	885
	4.4.1.1	Andocken der Unionsarten an die Patentgerichtsbarkeit .....	885
	4.4.1.1.1	Bedarf: Effektivität und Zugangshürden .....	886
	4.4.1.1.2	Umsetzung: Synergien .....	888
	4.4.1.1.3	Zwischenfazit .....	890
	4.4.1.2	Andocken der Designs an die Markenge- richtsbareiten .....	891
	4.4.1.2.1	Bedarf .....	891
	4.4.1.2.2	Struktur .....	893
	4.4.1.2.3	Zwischenfazit .....	893
	4.4.1.3	Andocken der agrarischen Regimes an die Markengerichtsbareiten .....	894
	4.4.1.3.1	Unterschiede zwischen Marken und den Rechten der agrarischen Regimes .....	894
	4.4.1.3.2	Administrativgerichtsbarkeit .....	895
	4.4.1.3.3	Folgerungen für die Verletzungsge- richtsbareiten .....	897
	4.4.1.3.4	Zwischenfazit .....	897

4.4.2	Verbindung der Gerichtsbarkeiten für Patente und Marken .....	898
4.4.2.1	Möglichkeit einer Verbindung der Zuständigkeiten im Grundsatz .....	898
4.4.2.2	Bedarf an einer Verbindung der Zuständigkeiten .....	900
4.4.2.2.1	Effektivität nach Verbindung .....	901
4.4.2.2.2	Zugänglichkeit nach Verbindung .....	902
4.4.2.2.3	Synergien aufgrund der Verbindung .....	903
4.4.2.2.4	Zwischenfazit .....	904
4.4.2.3	Verbindung der Verletzungszuständigkeiten .....	905
4.4.2.3.1	Verletzungszuständigkeiten betreffend Unionsschutzrechte .....	905
4.4.2.3.2	Allgemeine Verletzungszuständigkeit für nationale Schutzrechte? .....	908
4.4.2.4	Verbindung der Administrativzuständigkeiten .....	909
4.4.2.5	Fazit: Eine schutzrechtsübergreifende Unionsimmaterialgütergerichtsbarkeit? .....	913
4.4.2.5.1	Beschreibung .....	913
4.4.2.5.2	Illustration .....	915
4.4.3	Andocken von Urheberrechten und weiteren richtlinienharmonisierten Immaterialgüterrechten .....	916
4.4.4	Ausblick und Realisierungschancen .....	918
<b>5</b>	<b>Prozessrecht und materielles Recht .....</b>	<b>923</b>
5.1	Prozessrecht und materielles Recht .....	923
5.1.1	Abgrenzungsbedarf und Grobeingrenzung im Unionsrecht .....	924
5.1.2	Trennungsdanken und Feineingrenzung .....	928
5.1.3	Beispiel materiellrechtliche Umsetzung der DurchsetzungsRL in Deutschland .....	937
5.1.4	Fazit .....	945
5.1.4.1	Eingrenzung des weiteren Untersuchungsbereichs .....	945
5.1.4.2	Wirkungen der Verortung von Regelungen im materiellen oder formellen Recht .....	946
5.1.4.3	Folgerungen für ein supranationales Prozessrecht .....	947
5.2	Differenzierung der Verfahrensnormen nach Schutzrechten? .....	949
5.2.1	Erste Annäherung: One size fits all .....	950
5.2.2	Vertiefte Untersuchung .....	953
5.2.2.1	Differenzierung nach Schutzrechten? .....	953
5.2.2.1.1	Differenzierung nach Schutzrechten im Grundsatz .....	953
5.2.2.1.2	Fristanpassungen bei nicht komplexen Schutzrechten .....	957

5.2.2.2	Differenzierung nach Sektoren? .....	958
5.2.2.3	Differenzierung nach Verfahrensumfang? .....	959
5.2.3	Fazit zum Differenzierungsbedarf .....	964
5.3	Historische Diskussion zu Prozessnormen und bestehende Entwürfe .....	966
5.3.1	Prozessrecht und Gefahr von Lücken .....	966
5.3.2	Ältere Überlegungen .....	967
5.3.3	Zwischenphase: Vorbereitung der Unionsgerichte auf Verletzungsklagen .....	968
5.3.4	EPLA und Second Venice Resolution: Erste vollwertige Verfahrensregeln .....	970
5.3.4.1	EPLA .....	971
5.3.4.2	Second Venice Resolution .....	973
5.3.5	Vollwertige Verfahrensnormen für GEPEUP und EPG .....	975
5.3.5.1	Grobüberblick über die verfo-GEPEUP .....	975
5.3.5.2	Verfo-GEPEUP und EPG .....	977
5.3.5.3	Verfo-GEPEUP und hier entwickeltes Modell .....	978
5.4	Prozessnormen einer Immaterialgütergerichtsbarkeit .....	978
5.4.1	Allgemeine Vorschriften .....	979
5.4.1.1	Verfahrensgrundsätze .....	979
5.4.1.1.1	Disposition und Kooperation .....	979
5.4.1.1.2	Verfahrensgarantien .....	982
5.4.1.1.3	Einheitlichkeit des Verfahrens .....	984
5.4.1.2	Technische Verfahrensorganisation .....	987
5.4.2	Schriftliches Verfahren in erster Instanz .....	989
5.4.2.1	Kategorisierung der Verfahrensarten und Begriffsabgrenzung .....	989
5.4.2.1.1	Anspruchsbezogenheit der Verfahrensarten .....	990
5.4.2.1.2	Verfahrensarten vs. Zivilprozessuale Klagearten .....	992
5.4.2.2	Verfahrensarten je Schutzrecht .....	994
5.4.2.2.1	Anwendungsbereich der Verfahrensarten im Grundsatz .....	994
5.4.2.2.2	Sonderproblem Entscheidungen betref- fend die Gültigkeit .....	995
5.4.2.3	Verfahrenseinleitung .....	1002
5.4.2.3.1	Abmahnung als vorprozessuales Instrument .....	1002
5.4.2.3.2	Klagshebung und zwingendes schriftliches Vorverfahren .....	1003
5.4.2.3.3	Form- und Inhaltsprüfung .....	1004
5.4.2.3.4	Fristen im Vorverfahren .....	1006
5.4.2.3.5	Nebenintervention .....	1008

5.4.3	Mündliche Verhandlung in erster Instanz .....	1011
5.4.3.1	Vorbereitung der mündlichen Verhandlung .....	1011
5.4.3.2	Durchführung und Inhalt der mündlichen Verhandlung .....	1015
5.4.4	Beweisrecht .....	1019
5.4.4.1	Allgemeine Beweisregeln .....	1019
5.4.4.1.1	Behauptungs- und Beweislast .....	1020
5.4.4.1.2	Beweisgegenstand .....	1020
5.4.4.1.3	Beweisbefreiung beim Schadenersatz? .....	1021
5.4.4.2	Beweismittel und Beweisverfahren .....	1023
5.4.4.2.1	Abgrenzung von Beweismitteln und Beweisverfahren .....	1023
5.4.4.2.2	Zeugen und Sachverständige .....	1025
5.4.4.2.3	Offenlegung von Geschäftsunterlagen und Auskunftsrecht .....	1026
5.4.4.2.4	Beweisaufnahme .....	1029
5.4.4.3	Beweissicherung .....	1034
5.4.5	Einstweilige Maßnahmen .....	1038
5.4.5.1	Klagsvorbereitende einstweilige Maßnahmen und Schutzschriften .....	1040
5.4.5.2	Maßnahmen inaudita altera parte .....	1042
5.4.5.3	Entscheidung über den Erlass der Maßnahmen ...	1043
5.4.5.4	Bewertung .....	1045
5.4.6	Fast track-Verletzungsverfahren .....	1046
5.4.6.1	Anwendungsbereich eines fast track .....	1046
5.4.6.2	Verfahrensmodifikationen im fast track .....	1048
5.4.7	Sonderregeln für Vorbenutzungs-, Zwangslizenz- und Lizenzbereitschaftsverfahren? .....	1052
5.4.7.1	Verfahrensnormen für Vorbenutzungs- und Lizenzbereitschaftsklagen .....	1053
5.4.7.2	Verfahrensnormen für Zwangslizenzklagen .....	1054
5.4.7.3	Fazit .....	1055
5.4.8	Urteil und Abhilfemaßnahmen .....	1056
5.4.8.1	Entscheidungsarten .....	1056
5.4.8.1.1	Abgrenzung von Urteilen und anderen Gerichtshandlungen .....	1056
5.4.8.1.2	Urteilsarten im Allgemeinen .....	1059
5.4.8.1.3	Versäumungsurteil im Besonderen .....	1060
5.4.8.2	Urteilerlass .....	1062
5.4.8.3	Urteilsinhalt und Abhilfemaßnahmen .....	1063
5.4.8.4	Rechtskraft und Urteilsänderungen .....	1066
5.4.8.4.1	Instanzschluss .....	1066
5.4.8.4.2	Parteiwirksamkeit .....	1067
5.4.8.1.3	Formale Rechtskraft .....	1067

	5.4.8.4.4	Gestaltungs- und Tatbestandswirkung	1068
	5.4.8.4.5	Materielle Rechtskraft .....	1068
	5.4.8.4.6	Verankerung der Urteilswirkungen im materiellen oder im formellen Recht? .....	1070
	5.4.8.4.7	Durchbrechung der Rechtskraft .....	1071
	5.4.8.5	Vollstreckbarkeit .....	1075
	5.4.8.6	Vergleich .....	1076
5.4.9		Berufungsverfahren .....	1077
	5.4.9.1	Außerordentliche Berufungszulassung .....	1078
	5.4.9.2	Verfahrensbeschleunigung im Berufungsverfahren .....	1078
	5.4.9.2.1	Grundrechtliche Zulässigkeit der Einschränkung des Rechtsmittelzugangs .....	1079
	5.4.9.2.2	Keine bloße Erweiterung des Zulassungserfordernisses .....	1079
	5.4.9.2.3	Aussonderung substanzloser Berufungen .....	1080
	5.4.9.2.4	Abgekürztes Verfahren für die Stattgabe .....	1081
	5.4.9.2.5	Wahlweiser fast track .....	1082
	5.4.9.2.6	Bagatelberufungen .....	1082
	5.4.9.3	Berufungsgründe und Neuerungen .....	1083
	5.4.9.4	Berufungsverfahren und Berufungsentscheidung .....	1085
	5.4.9.4.1	Schriftliche Verfahrensschritte .....	1085
	5.4.9.4.2	Dauer des Berufungsverfahrens .....	1087
	5.4.9.4.3	Berufungsurteil .....	1087
5.4.10		Sonstige Verfahrensregelungen .....	1088
	5.4.10.1	Zuständigkeitsverteilung zwischen dezentralen Eingangsinstanzen .....	1089
	5.4.10.2	Sprachregime .....	1090
	5.4.10.3	Vorabentscheidungsverfahren und Konsolidierungsmechanismus .....	1093
	5.4.10.4	Zustellung .....	1095
	5.4.10.5	Vorfragen .....	1096
	5.4.10.6	Wiedereinsetzung .....	1098
	5.4.10.7	Kosten .....	1100
5.4.11		Fazit: Grober Verfahrensrahmen und zusammenfassender Anpassungsbedarf .....	1101